



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Das allgemeine Stimmrecht in den Vereinigten Staaten.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

verhältnißmäßig geringfügige Summe von 1,419,500 Lire beschränkt werden. Nur 510 Personen, meistens in der Stadt oder in der Provinz Rom wohnend, sind Käufer oder Erbpächter der 40,000 und mehr Hektare Kirchengut geworden, das vorher 130 Besitzern gehörte. Der vorgenommene Besitzwechsel ist so klein, daß die Sanirung der Umgebung Rom's nichts durch denselben hat gewinnen können. Das Kapital ist hier zu Land so theuer, daß die Besitzer der Campagna sich keinen Vortheil davon versprechen, die bestehende und hübsches Geld abwerfende Weidwirthschaft gegen eine andere Art der Nutzbarmachung des Bodens aufzugeben, die allerdings sowohl ökonomisch als hygienisch im Interesse der Gesamtheit wäre. Wenn nach Abschaffung des Zwangskurses eine durchgehende Besserung der wirthschaftlichen Verhältnisse des Landes es ermöglichen wird, großartigere und weitaussehender Projekte in Angriff zu nehmen, dann, aber erst dann dürfte die Zeit gekommen sein, daß der Staat direkt oder durch die Unterstützung einer großen Gesellschaft einem Zustande ein Ende mache, der nur durch das Zusammenwirken bedeutender Kapitalien mit dem Aufgebot aller wissenschaftlichen Erfahrungen überwunden werden kann.

Das allgemeine Stimmrecht in den Vereinigten Staaten.

Es wird berichtet, daß bei Gelegenheit des Abschiedsessens, welches im April d. J. zu New-York dem zum Gesandten der Vereinigten Staaten am deutschen Kaiserhofe ernannten Bayard Taylor gegeben wurde, Herr George W. Curtis, ein hervorragender amerikanischer Schriftsteller und ehrenhafter Politiker, die Bitte an Taylor gerichtet habe, er möge dahin wirken, daß man in Deutschland nicht zu gering von der großen transatlantischen Republik denke, da allen traurigen Vorkommnissen zum Troß die Einsicht, das Gewissen und die Vaterlandsliebe der Bürger der Union das letzte entscheidende Wort sprechen und die das Vaterland in Gefahr bringenden bösen Leidenschaften besiegen würden.

Wir wollen nun gern wünschen und hoffen, daß die Vereinigten Staaten die sittliche Kraft noch nicht verloren haben, sich aus dem Sumpfe der Corruption und der sittlichen Verkommenheit emporzuarbeiten, in der sie seit längerer Zeit versunken zu sein scheinen, allein die Staatswahlen, welche in der letzten Hälfte des Juni d. J. im „Goldstaate“ Californien stattfanden und aus denen

die Freunde und Anhänger eines ungebildeten und wüsten Sozialdemokraten, Denis Kearney mit Namen, in ungeahnter Stärke siegreich hervorgingen, deuten noch wenig auf eine energische sittliche Erhebung des amerikanischen Volkes hin. Auch verräth es wenig politische Einsicht und noch weniger Gewissenhaftigkeit, wenn demokratische Nationalkonventionen, wie dies z. B. kürzlich in den Staaten Ohio und Arkansas geschehen ist, in der Finanzfrage die Befolgung einer Politik empfehlen, welche eine ehrliche Abzahlung der amerikanischen Nationalschuld sehr erschwert oder gar unmöglich macht. Ebenso zeugt es von wenig Vaterlandsliebe, wenn in den Südstaaten, den früheren Sklavenstaaten, sich in der Tagespresse wiederholt Stimmen vernehmen lassen, welche die Wiederaufhebung der jüngsten Amendements zur Bundesverfassung anrathen, die Wiedereinführung der Negerklaverei fordern und damit einen neuen Bürgerkrieg in sichere Aussicht stellen. Mit bitterer Ironie zieht die „New-York Tribune“ vom 10. Juli d. J. eine Parallele zwischen den Sozialdemokraten à la Kearney und der demokratischen Partei in Amerika und kommt dabei zu dem Schlusse, daß die Ersteren unter der Phrase „Recht auf Arbeit“ (right of labor) im Grunde nichts Anderes verstehen, als das „Recht, gar nicht zu arbeiten“, während die Letztere, die demokratische Partei, eine „neue Art und Weise alte Schulden abzutragen“ (a new way to pay old debts) empfehlen, die darin besteht „überhaupt gar nicht zu bezahlen“ (not to pay at all). Die sogenannte Repudiationstheorie, d. h. die Weigerung, rechtlichen Verpflichtungen nachzukommen, ist leider in Amerika, vornehmlich bei der demokratischen Partei, nichts Neues.

Unter solchen Umständen ist es kein Wunder, wenn viele bessere Elemente in der nordamerikanischen Union gegenwärtig sehr trübe in die Zukunft der Republik blicken oder tiefeinschneidende Besserungs- und Rettungsmittel in Vorschlag bringen. So veröffentlichte der rühmlichst bekannte Geschichtsschreiber Francis Parkman in der Juli- und Augustnummer der im Verlag von Dr. Appleton und Comp. zu New-York erscheinenden „North American Review“ jüngst einen längern Artikel, in welchem er die gegenwärtige Ausdehnung des allgemeinen Stimmrechts in den Vereinigten Staaten für ein großes Uebel erklärt. Francis Parkman legt die häufigen Mißerfolge des allgemeinen Stimmrechts in einer Weise dar, die über seine eigene Meinung in dieser Sache keinen Zweifel übrig läßt. Er zeigt an der Hand der Geschichte, daß die Freiheit von unten herauf ebenso gefährlich werden kann, wie die Tyrannei von oben herab, und daß „die organisirte Unwissenheit und Rohheit, geleitet von gewissenlosen Agitatoren“, mit einem Worte, daß der „Demos“ das Szepter der Tyrannei gerade so gut zu schwingen versteht, wie ein absoluter Machthaber. Nach Parkman's Ansicht ist die unter den Manipulationen selbst- und herrschsüchtiger Handwerks- politiker stehende Menge in den Vereinigten Staaten (von anderen Völkern

redet er zunächst nicht) weit entfernt, die Verkörperung der durchschnittlichen Intelligenz eines großen Volkes vermittelt des allgemeinen Wahlrechts zu Stande zu bringen; und in seinem Unmuth ruft er aus: „Wenn wir einmal unterdrückt werden sollen, so wünsche ich wenigstens einen ehrlichen Unterdrücker, und wenn wir beraubt werden sollen, so verlange ich, daß es mit einigem Anstand geschieht.“ Aber Parkman geht noch einen Schritt weiter; nicht nur die Mißbräuche und Auswüchse des allgemeinen Stimmrechts sind ihm, wie allen redlich denkenden Unionsbürgern, verhaßt, sondern er rüttelt auch an dem Fundamente der amerikanischen Staats Einrichtung. Letztere gründet sich bekanntlich auf dem Prinzip der „Gleichheit aller Menschen“. Eine solche Gleichheit ist aber, wie Parkman ausführt, weder in der Natur gegeben, noch wäre sie überhaupt wünschenswerth; selbstverständlich redet der Verfasser hier nicht von der Gleichheit vor dem Gesetze, sondern von der vielfach behaupteten Gleichheit aller Menschen im Allgemeinen. Mit scharfen Waffen bekämpft Parkman sodann auch den Satz, daß das allgemeine Stimmrecht ein unverletzliches und unveräußerliches Recht sei. Jedes freie Gemeinwesen, so führt er aus, hat das Recht und die Pflicht, für sich selbst eine gute Regierung zu schaffen; wenn aber irgend eine Stimme oder wenn ganze Stimmenklassen der Erreichung dieses Zweckes hinderlich sind, so sollen sie auf Grund jenes Rechts und jener Pflicht unschädlich gemacht werden können.

Parkman muß allerdings zugestehen, daß es ungemein schwer sein dürfte, das einmal in den Vereinigten Staaten herrschende allgemeine Stimmrecht abzuschaffen, und so sucht er denn Mittel und Wege aufzufinden, die Mängel des allgemeinen Stimmrechts möglichst zu vermeiden. Hier aber weiß er auch kein besseres, als das schon oft in Amerika und anderwärts vorgeschlagene Mittel, welches darin besteht, daß alle guten Bürger in ihrem eigenen Interesse und im Interesse des Gemeinwohls sich zu einer gemeinsamen Anstrengung aufraffen müssen, so oft es gilt, wichtige politische oder Kommunal-Wahlen vorzunehmen. Den vereinten Anstrengungen aller guten Elemente im Staate werde und müsse es gelingen, bei nationalen, Staats- und anderen Wahlen dem ruchlosen Treiben der Demagogen und Volksverführer einen festen Damm entgegenzuwerfen, die Gesetzgebung in fähige und ehrliche Hände zu legen und überhaupt einen besseren Ton im öffentlichen Leben heraufzuführen. Von jeher, meint Parkman, ist es der wahren Intelligenz und Tugend nicht allzuschwer geworden, die Massen, wenn sie noch nicht von Grund aus verderbt sind, zu führen; nur wo jene sich von dem öffentlichen Wirken ausschlossen oder die gehörige Kraft nicht entfalteten, seien gewissenlose Agitatoren und corrupte Stellen- und Aemterjäger zum Siege und zur Herrschaft gelangt. Auf diese Stelle des Parkman'schen Artikels Bezug nehmend, läßt sich die zu St. Louis im Staate Missouri er-

scheinende „Westliche Post“ vom 10. Juli d. J. also vernehmen: „Nur daran, daß sich in den Vereinigten Staaten so viele Leute aller Stände, die den Besitz und die Intelligenz der Nation repräsentiren, gänzlich von der Politik fernhalten, ja nicht einmal sich die Mühe nehmen, an die Wahlurne zu gehen, liegt es, daß das allgemeine Stimmrecht hier so schlechte Folgen gebracht hat. Und es wird diese schlechten Folgen sehr bald in noch höherem Maße bringen, wenn jene Sorte von Bürgern sich nicht aus ihrer Gleichgültigkeit gegen öffentliche Dinge herausreißen läßt. Anstatt nach einem Gesellschaftsretter zu rufen, sollten sie sich selbst helfen und so der Union die Schande ersparen, ihr zweites Jahrhundert mit einem Bekenntnisse zu eröffnen, daß der Versuch der Selbstregierung mißglückt und eine auf gleiche Rechte gegründete Republik ein Fehlschlag sei. Die Zeit kommt bald, wo die bessern Bürger sich entscheiden müssen, ob sie sich selbst helfen wollen oder nicht. Die Wahlen des nächsten Herbstes werden von einer Bedeutung für die Entwicklung der Union sein, wie es vor ihnen nur wenige Wahlen waren. Die Krisis ist da; sind die Bürger bereit, sie so zu wenden, daß wir, anstatt dem Verderben, dem Gelingen und Gedeihen entgegengehen?“

Ähnlich, wie Francis Parkman, urtheilte auch vor Kurzem der alte Friedrich Münch, welcher im Jahre 1830 nach Amerika auswanderte und dort zu den geachtetsten Deutsch-Amerikanern gehört. Auch Münch verlangt eine Einschränkung des allgemeinen Stimmrechts, nicht nur in Bezug auf das Alter, sondern auch mit Rücksicht auf die Selbständigkeit der Lebensstellung und auf die dringendste nothwendige Bildung. Eine solche Beschränkung hat nach Münch's Ansicht keinerlei Cliquen-Herrschaft zur Folge, im Gegentheil, gerade das unbeschränkte allgemeine Stimmrecht hat in der nordamerikanischen Union eine unerträgliche „Ring- und Cliquenherrschaft“ ins Leben gerufen: „Unsere Massen,“ sagt Münch, „bilden noch bei Weitem kein Volk, wie ich es als der Selbstregierung vollkommen fähig halte, und bedeutende Fehlgriffe werden in den größeren und kleineren amerikanischen Wahlen gemacht. Bürger, wie ich sie im Sinne habe, mögen wohl auch in einzelnen Fällen sich irren, werden aber niemals mit bewusster Absicht die Macht in die Hände von Schwindlern legen. Es giebt kein anderes Heil für die Völker, als daß sie in ihrer Mitte keine rohe und zügellose Masse aufkommen lassen. Um diesen Punkt gerade dreht sich die Zukunft der ganzen Menschheit.“

R. Doehn.